

Aktionskonferenz der Friedensbewegung zu Friedensaktionen 2017

Nach der großen Friedensdemonstration am 8. Oktober 2016 in Berlin haben wir uns bei einem Auswertungstreffen (am 5. November 2016 in Berlin) darauf verständigt, wie wir die zukünftige Zusammenarbeit fortsetzen können. Dabei wurde ein weiteres größeres Treffen der Friedensinitiativen und Organisationen für notwendig erachtet.

Deshalb soll ein solches Treffen am **Samstag, 11. März 2017**

im Frankfurter Gewerkschaftshaus (Nähe Hauptbahnhof) stattfinden. Das Treffen soll um 12:00 Uhr beginnen und gegen 17:00 Uhr beendet sein.

Vorgesehene Themen sind:

- Aktuelle Situation der Friedensbewegung
- Stand der Vorbereitung der Ostermärsche
- Aktionen beim Gipfeltreffen der G 20 in Hamburg
- NATO-Gipfel in Brüssel
- Stopp Ramstein
- Überlegungen für weitere Aktionen der Friedensbewegung im Wahljahr (vor oder nach dem 24. September 2017)

Für die Veranstalter: Pascal Luig und Willi van Ooyen

weiter zu:

- [Dossier zum G20-Gipfel in Hamburg](#)
- [PM vom 8.3.2017](#)
- [Dossier deutsche Atomwaffen](#)
- [Termine in 2017](#)
- [Berichte zum 23. Friedensratschlag](#)

[PM vom 8.3.2017](#)

Mitteilung für die Medien

„Abrüsten ist das zentrale Ziel“

Bundesausschuss Friedensratschlag verständigt sich über zentrale Forderungen der Friedensbewegung

Bundesausschuss ruft zur Teilnahme an der Aktionskonferenz am 11. März in Frankfurt a. M. auf.

Kassel/Berlin/ Frankfurt a.M. 8.3.2017. Als Ergebnis seiner Beratung am 5. März 2017 in Kassel ruft der Bundesausschuss Friedensratschlag die Friedensbewegung zur Teilnahme an der [Aktionsberatung am 11. März im Frankfurter Gewerkschaftshaus](#) in auf. Im Wahljahr sollen friedenspolitische Aktionen beraten werden, die unter anderem mit den Ostermärschen, dem G-20-Gipfel in Hamburg und dem Antikriegstag/Weltfriedenstag am 1. September zu dezentralen gemeinsamen Aktionen um die Bundestagswahl ihre Höhepunkte haben. Der Bundesausschuss hat zentrale friedenspolitische Forderungen diskutiert.

Bundeswehr und NATO abrüsten!

Das von verschiedenen Regierungen von NATO-Staaten jüngst wieder auf der Münchner Sicherheitskonferenz bekräftigte Vorhaben, die Ausgaben für Rüstung, Militär und Krieg auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) massiv zu steigern, hält der Bundesausschuss für einen grundfalschen Weg. „Die Interessensunterschiede zwischen NATO und Russland lassen sich nicht durch noch mehr Rüstung der NATO aus der Welt schaffen. Schon heute gibt die NATO zehnmal so viel für das Militär aus wie Russland und hat viermal so viele Soldaten unter Waffen“, sagt einer der Sprecher des Bundesausschusses Lühr Henken. Die Spannungen in Europa, das Säbelrassel an den NATO-Ostgrenzen würden dadurch noch zunehmen, die Kriegsgefahr steige. „Wir brauchen nicht mehr NATO-Rüstung, sondern weniger NATO. NATO und Bundeswehr müssen ihre Potentiale abbauen. Vertrauensbildende Maßnahmen, die zu völkerrechtlich verbindlichen Verträgen zur Rüstungskontrolle führen, sind erste Schritte dahin,“ sagt Willi van Ooyen, ebenfalls Sprecher des Bundesausschusses. Der Bundesausschuss stellt deshalb die Forderung nach Abrüstung von Bundeswehr und NATO ins Zentrum. Es würden Gelder verschwendet, die in den Bereichen Soziales, Bildung, Integration und Infrastruktur dringend benötigt werden.

Bundeswehr aus Auslandseinsätzen abziehen!

Die Bundeswehr weitet ihre Auslandseinsätze aus. Kontingente wie in Mali werden aufgestockt, im Baltikum erweitert und Ausweitungen in Syrien/Irak sowie in Afghanistan werden öffentlich herbeigeredet. Die Erfahrungen zeigen, dass Krieg nicht zum Frieden, sondern zu Leid, Zerstörung, Tod, Chaos und Staatszerfall führt. Deshalb bleibt für den Bundesausschuss die Forderung nach Abzug der Bundeswehr aus Auslandseinsätzen

eine zentrale Forderung an die Bundesregierung.

Atomwaffen abschaffen – auf „nukleare Teilhabe“ verzichten

Ankündigungen des US-Präsidenten Trump im Zuge seiner „Amerika first“-Politik das US-Atomwaffenarsenal zu vergrößern und den atomaren Abrüstungsvertrag New Start von 2011 mit Russland in Frage zu stellen, machen die Forderung nach atomarer Abrüstung drängender denn je. Der Bundesausschuss wirft der Bundesregierung schweres Versagen vor. „Das zeigt sich auch darin, dass sie dem öffentlichen Herbeireden von einer atomaren Bewaffnung Deutschlands und Europas freien Lauf lässt,“ sagt Lühr Henken. „Ihre Weigerung, an UN-Verhandlungen zum Atomwaffenverbot teilzunehmen, ruft Empörung und Protest hervor,“ so Willi van Ooyen. Für den Bundesausschuss ist die Forderung nach atomarer Abrüstung und dem Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel in der Eifel sowie das Ende der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands an den US-Atomwaffen von zentraler Bedeutung im Wahljahr.

Waffenexporte stoppen!

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI veröffentlichte im Februar ihre Zahlen über den weltweiten Rüstungshandel 2016. Deutschlands Weltmarktanteil steigerte sich von 6,3 Prozent (2015) auf 9 Prozent (2016). Die Zahlen für Deutschland lassen den Bundesausschuss Alarm schlagen. Es belegt damit weltweit nach den USA und Russland Platz 3 und ist wieder nach 2014 der größte Waffenexporteur der EU.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Lühr Henken, Willi van Ooyen

Dossier deutsche Atomwaffen

Dossier deutsche Atomwaffen

zur Panorama-Fernsehsendung vom 2.2.2017



[Leserbriefe an die Nachdenkseiten zu dieser Thematik \(15.2.\)](#)

"Mehr Bomben, mehr Abschreckung"

Warum jede Diskussion um atomare Aufrüstung brandgefährlich ist

von **Malte Götsche - Huffington Post (10.2.)**

Griff nach der Bombe

Die graue Eminenz der polnischen Regierung, Jaroslaw Kaczynski, greift Forderungen des deutschen Establishments nach eigenen

Kernwaffen auf.

German Foreign Policy (8.2.)



[Textfassung von der ARD / Panorama-Homepage](#)

[Transkription des Panorama-Beitrages \(html\)](#)



[Kommentar auf den Nachdenkseiten von Albrecht Müller \(3.2.\)](#)

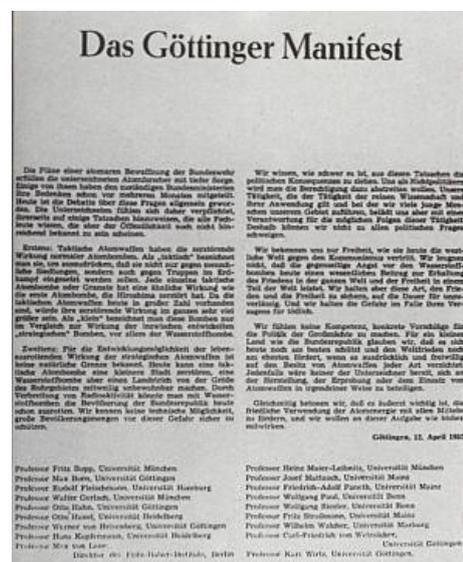


[Kommentar von Bernhard Trautvetter \(3.2.\)](#)



[Pressemitteilung der IPPNW Deutschland \(3.2.\)](#)

Historische Bezüge: am 12.4.2017 ist der 60. Jahrestag des Göttinger Appells von 18 Atomwissenschaftlern und der daraufhin erfolgten Gründung der Kampagne "Kampf dem Atomtod".



Bildquellen: Der Kampf für Frieden und Abrüstung seit 1900, Eine Dokumentation der Deutschen Friedens-Union, 1978

Ein wichtiges Ergebnis der Aktionskonferenz: Bundesweiter Aufruf für den Antikriegstag unter dem Titel „Abrüsten ist das zentrale Ziel“

URL

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20170311ds.pdf>